

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anzeiger Nr. 33.

Anzeigerpreise: Die Nebenblätter sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung zu Goldpreisen, aus anderen Orten zu Silberpreisen, Reklame-Beilagen zu Goldpreisen, amtliche Zeitungen zu Silberpreisen.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 236

Donnerstag, den 9. Oktober 1924

19. Jahrgang

Die Richtlinien des Reichskanzlers.

Für Republik und Verfassung.

Berlin, 7. Oktober. Die vom Reichskanzler entworfenen und vom Reichskabinett ausgehenden Richtlinien für die künftige Führung der äußeren und inneren Politik, die bei den weiteren Verhandlungen über die Regierungsumbildung als Grundlage dienen sollen, werden den Fraktionen des Reichstages heute nachmittags übermittelt werden.

Als selbstverständliche Voraussetzung für eine Koalition der Volksgemeinschaft wird das grundsätzliche Bekenntnis zur gegenwärtigen Staatsform und zur Weimarer Verfassung erklärt. Die wichtigste Grundlage für die Durchführung der äußeren Politik soll das Londoner Abkommen sein. Die logische Durchführung der Dames-Gesetze ergibt sich daraus als selbstverständlich. Innerpolitisch soll eine gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten erfolgen unter Berücksichtigung der sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung. Auch auf die Zolltarife und Wirtschaftsstroben werden sich die Richtlinien beziehen.

Zu diesen Richtlinien sollen die Fraktionen morgen Stellung nehmen und sich darüber entscheiden, ob sie auf Grund dieses Programms sich an einer Koalition beteiligen wollen oder nicht. Bei fast allen Parteien herrscht der Wunsch vor, möglichst rasch zu einem Abschluss der Verhandlungen zu gelangen.

Da man die Verwirklichung des Gedankens der Volksgemeinschaft bei der Haltung der Deutschnationalen für ausgeschlossen ansieht, aber auch die Bemühungen um einen Rechtsblock aussichtslos geworden sind, will man nicht unnötige Zeit vergeuden. Die Ueberzeugung herrscht allgemein vor, daß die einzig mögliche Lösung die Auflösung des Reichstages sein wird. Vor allem scheinen sich die Mittelparteien mit dieser Notwendigkeit abgefunden zu haben.

Die Bedingungen der Deutschnationalen.

Wie verlautet, werden die Deutschnationalen falls der Gedanke einer „Volksgemeinschaft“ mit Einschluß der Sozialdemokraten Gestalt gewinnen soll, die Zustimmung zu folgenden Punkten zur Bedingung machen:

1. Anerkennung der deutschen Reichsschuld am Krieg
2. Anerkennung des christlichen Staatsgedankens, der christlichen Jugendzucht, insbesondere der konfessionellen Schule, 3. im Interesse der Produktionssteigerung Sicherung des Arbeitsfriedens und Förderung einer Arbeitsgemeinschaft gegen den Klassenkampf
4. endgültige Ablehnung der Zwangswirtschaft
5. Schutz der nationalen Erzeugung unter paritätischer Berücksichtigung der verschiedenen Berufsstände.

Es lohnt sich nicht auf die einzelnen Punkte näher einzugehen; denn der Gegensatz zu den Richtlinien des Reichskanzlers ist so groß, daß die Annahme der Deutschnationalen Bedingungen eine völlige Unterverwerfung unter die Reaktion bedeuten würde. Man tritt den Deutschnationalen auch wohl nicht zu nahe, wenn man vermutet, daß sie im Ernstfalle recht ausgiebig mit sich handeln lassen werden.

Frankreich und die deutsche Regierungskrise.

Paris, 7. Okt. Die öffentliche Meinung in Frankreich beschäftigt sich lebhaft mit der Krisenstimmung in Deutschland, England und Italien. Es wird hier für höchstwahrscheinlich gehalten, daß sowohl der Reichstag wie das englische Unterhaus aufgelöst werden müssen. Die Auflösung des Reichstages erscheint den Franzosen als die einzig mögliche und vollkommen logische Entwicklung. Man glaubt nicht daran, daß es möglich sein könnte, die Sozialisten und die Deutschnationalen in dem gleichen Kabinett zu vereinen, und man rühmt die geschickte Taktik der Sozialisten welche die Politik der Deutschnationalen zum Scheitern gebracht hat.

Weltfriedenskongress und Abrüstung.

Berlin 7. Okt. Die heutige dritte Vollsitzung des Weltfriedenskongresses im Reichswirtschaftsrat brachte die Debatte über die internationale Abrüstung.

Nach einem Referat des Professors Paul-Destier über die letzte Tagung der entschiedenen Schulreformer begann Dr. Wehberg vor dem voll gefüllten Saale seinen Vortrag. Er beschäftigte sich in der Hauptsache mit den neuen Vorstellungen und Bestimmungen des Völkerbundes über die Abrüstung und mit dem Angriffskrieg. Seiner Meinung nach seien durch die Bestimmungen des Völkerbundes Angriffskriege in Europa immerhin nicht mehr möglich. Nachdem nun endlich die Gefahren des Angriffskrieges beseitigt seien, müsse nun auch zur radikalen Abrüstung geschritten werden, aber der internationale Weltfriedenskongress unterläge nicht offen dem Bund der Kriegsdienstverweigerer. Die Zukunft müsse die Parole für alle Europäer heißen: „Völkerbund geht über Landesrecht“.

Nach Dr. Wehbergs Rede ergriff sofort der französische General Berraux das Wort. Wenn man an den vergangenen Weltkrieg denke, so müsse jeder vernünftige Mensch mit allen Kräften daran arbeiten, daß solche Greuel in Zukunft vermieden werden. Die Welle des Pazifismus werde immer größer. Die Zahl derjenigen, die den Krieg nicht wollen, sei gerade in Deutschland viel größer, als die der Kriegsfreunde (Stürmischer Beifall). Der Völkerbund müsse alle zivilisierten Völker einschließen. Die Voraussetzungen der Militäristen, daß sie den kommenden Krieg mit Gas und Bazillen führen werden genügen für jeden Pazifisten, wie überhaupt für jeden denkenden Menschen, um mit doppelter Hingabe darauf hinzuwirken, daß ein künftiger Krieg, der ganz sicherlich durch seine entsetzlichen Mittel die europäischen Völker vernichten würde, vermieden werde.

Die Rede des französischen Generals wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Sitzung wurde daraufhin auf nachmittags 3 Uhr vertagt. Es soll dann die Aussprache über die internationale Abrüstung weitergehen. Es werden noch die Generale von Deimling und von Schnaich, der Engländer Rowntree-Gillet und Kurt Hiller sprechen.

Ransen beim Kanzler.

Berlin, 7. Okt. Fritz Ransen, der den Weltfriedenskongress besucht, hat gestern dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann Besuche abgestattet und in längerer Unterredung Völkerbundsfragen und andere mit diesen zusammenhängende außenpolitische Angelegenheiten mit ihnen besprochen.

Ein zweites deutsches Memorandum geplant.

Berlin 7. Okt. Die grundsätzliche Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zum Eintritt in den Völkerbund ist ausgesprochen, und es handelt sich nur um die beiden Voraussetzungen, an die sie geknüpft worden ist. Eine von ihnen ist erfüllt: der händige Sitz im Völkerbundsrat ist Deutschland zugesprochen. In dem anderen Punkt ist die Antwort der französischen Regierung, die gestern übermittelt worden ist, nicht so entgegenkommend, wie man hier gewünscht hätte. Aber die Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich ist noch keineswegs abgeschlossen. Die deutsche Regierung wird, wenn auch die Antworten der anderen Mächte eingelaufen sind Gelegenheit nehmen, ihren Standpunkt in einem zweiten Memorandum erneut zu vertreten.

Französische Beteiligung an der 800-Millionen-Anleihe.

Paris, 7. Okt. Heute nachmittags hat am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz von Herriot eine Konferenz von Bankiers stattgefunden, an der auch Finanzminister Clement teilnahm. Der Gegenstand der Beratungen war die Durchführung des Damesplanes, namentlich im Hinblick auf die Beteiligung Frankreichs an der 800-Millionen-Anleihe. Eine Delegation wird sich nach London begeben, um mit englischen Finanzleuten, dem Reichsfinanzminister Dr. Luther, sowie dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu verhandeln. Wie der Pariser „Temps“ mitteilt, ist im Laufe der heutigen Konferenz in erster Linie über den Grundsatz der Beteiligung Frankreichs an der Anleihe verhandelt worden und hierauf auch über den Anteil, der auf Frankreich fallen soll. Schließlich habe sich die Konferenz mit der Frage beschäftigt, ob die Anleihe dem Publikum angeboten werden soll oder nur den französischen Banken.

Ein Millionenkredit für die rheinische Kohlenindustrie.

Berlin 7. Okt. Der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie ist von amerikanischer Seite ein Kredit in Höhe von 5 Millionen Dollar gewährt worden. Der Kredit ist hauptsächlich für die Ruhrkohlenindustrie bestimmt.

Kommunistenverhaftungen in Niedersachsen.

Hannover, 6. Okt. Gestern sind in ganz Niedersachsen bei Kommunisten Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, so in Braunschweig, Blankenburg, Wolfenbüttel, Holzminde und im nördlichen Teil von Hannover. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die Verhafteten wurden gestern nachmittags wieder in Freiheit gesetzt.

Macdonald kampfbereit.

London, 7. Okt. Ramsay Macdonald, der an der Spitze des gesamten Kabinetts heute den Parteitag der Arbeiterpartei mit einer großen politischen Rede eröffnete, erklärte, daß die Arbeiterpartei, seitdem sie an der Spitze der Liberalen gewesen sei, um die Arbeiterregierung „aus der Hand der liberalen Führer fressen“ zu lassen. „Jetzt ist die Zeit gekommen diesen Versuchen einen entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Der konservative Mistroutensantrag ist der Auftakt zum ehrlichen Kampf. Der liberale Zusatzantrag ist von dem Geiste mittelalterlicher Gemeinheit und Aufstand an der Folter eingegeben. Wir sollen vor der öffentlichen Meinung diskreditiert werden; wir sollen wie ein kleiner Beamter den man der Unterschlagung beschuldigt suspendiert werden, bis ein Ausschuß unserer politischen Gegner über uns das Urteil spricht. Ich weiß, das das Dokument, in dem wir verurteilt werden sollen und das man unmittelbar vor den Wahlen über den englisch-russischen Vertrag zu veröffentlichen gedachte bereits jetzt aufgefressen ist, ehe die Kommission gebildet worden ist.“

Wir werden den Kampf aufnehmen, um der Regierung die Würde zu wahren, deren sie bedarf, um ihre Innen- und Außenpolitik durchzuführen.“

Bei der Erörterung des Londoner Abkommens erklärte Macdonald, das bisher angewandte Verfahren Deutschland zu treffen, habe Deutschland bisher nur Konkurrenzschädiger gemacht und uns selbst geschadet. „Wir müssen eine Zeitlang uns auf den starken Druck Deutschlands als Ausführland gefaßt machen. Die Wirkung des Damesplanes wird Schritt für Schritt überwacht werden, und die Folgen können durch Kontrollen und Schiedsgerichtsverfahren beseitigt werden.“

Unter tosendem Beifall erklärte Macdonald dann: „Die deutschen Arbeiter haben nicht das Recht, dem Damesplan zum Vorwand zu nehmen, um die Arbeitszeit zu verlängern, die Löhne herabzusetzen und die Verflaubung der deutschen Arbeiter intensiver auszugestalten. Gegen derartige durchsichtige Versuche die eigenen Interessen des Kapitalismus zu sichern, müssen die Gewerkschaften der ganzen Welt die deutschen Gewerkschaften unterstützen. Die Ricumbertträge und die anderen Abkommen die unter bedenklichen Bedingungen für die Arbeiterschaft abgeschlossen wurden, um Sachleistungen zu bewirken, sind eine schwere Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiter in allen Ländern, die mit Deutschland im Wettbewerb stehen.“

Macdonald erklärte dann, daß die Arbeiterpartei unter keinen Umständen irgend etwas mit der kommunistischen Partei oder dem Kommunismus zu tun haben wolle, denn die Arbeiterpartei trage die Fahne der Demokratie, während der Kommunismus ein Produkt des Jargonismus und der Kriegmentalität sei.

Nach der Rede Macdonalds wurde ein Vertrauensantrag für Macdonald einstimmig angenommen, in dem die Arbeiterpartei die Arbeiterregierung auffordert, wenn nötig durch Neuwahlen sich aus der unwürdigen Abhängigkeit von anderen politischen Parteien zu befreien.

Spanischer Rückzug aus Szechuan.

Madrid, 7. Okt. Amtlich wird bekanntgegeben, daß Szechuan sowie weitere Stellen in diesem Abschnitt allmählich geräumt werden, weil sich die Berproviantierung außerordentlich schwierig gestaltet. Weiteren Nachrichten zufolge finden im Weichin-Abchnitt feindliche Angriffe statt.

Schlägerei im japanischen Außenministerium.

Chinafeindliche Einflüsse in Japan. New York, 6. Okt. Aus Tokio wird gemeldet, daß im Zusammenhang mit der Agitation für eine japanische Intervention im chinesischen Bürgerkrieg auf Seiten des Generals Tschang-Tschang-Lin, Führers der Mandchuren drei Mitglieder einer vaterländischen Vereinigung, alle drei Jiu-Tsitsu-Kämpfer, ins Auswärtige Amt einbrachten mehrere Beamte angriffen und Rundschriften verteilten, die eine positive Politik forderten zum Schutz von Japans Rechten in China. Die drei wurden verhaftet.

Politische Rundschaau.

48 Anklagen gegen 9 kommunistische Abgeordnete. Mit einem Sturzregen von Offizial- und Privatklagen ist die kommunistische Fraktion des hiesigen Landtages überschüttet worden. Von den zehn Abgeordneten haben neun 48 Strafanträge gegen sich laufen. Den Rekord schlägt Abg. Siewert mit 14 Strafanträgen, während Berg nur 12, Lieberack 9 Strafanträge hat.

Neue
1924.
Theater
erwehrt.
Die Mühe
Grund.
Muff.
hen.
aurant
D.A.
fest
Uebliche.
Herrn
Frau.
lein.
Kloster.
Möbel
Haus.
Anleitung.
Telefon 840.
etten.
Frau